

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Verlag: Mo allch 1 Mart. Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, L.-G.
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6843

Verantwortlicher Schriftföhrer: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, K6lbestraße 16
Fernsprecher S.-A. 628-41

Erscheint w6chentlich am Samstag
Anzeigenpreis: F6r die 10 gepaltene Millimeterzeile 1,50 M.; f6r
den Stellenmarkt 90 M. - Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die mitteldeutsche Metallindustrie steht still Unternehmer und Schlichter verursachen den Massenstreik

Die Metallarbeiter des mitteldeutschen Tarifgebietes, das heißt von Halle, Anhalt und Magdeburg, haben immer und immer wieder versucht, die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ein halbwegs zufriedenstellendes Ergebnis hatten die Verhandlungen mit dem Metallindustriellenverband nicht. Jedesmal erklärten die Unternehmervertreter, die Aussicht für die Weiterentwicklung der mitteldeutschen Metallindustrie sei sehr schlecht, die Produktion habe wenig oder gar keinen Gewinn für eine nennenswerte Zahl von Betrieben ergeben. Mit solchem Gerede sollte die öffentliche Meinung in der Weise beeinflusst werden, daß es nicht böser Wille des Arbeitgebers ist, wenn eine kürzere Arbeitszeit oder höhere Löhne nicht verwirklicht würden. Das ist jammertante alte Lied!

Es wurde dann versucht, die bestehenden Löhne, die in der Spitze für über 28-Jahre alte Facharbeiter 7,5 betragen, für alle Arbeiter, für angelehrte, ungelernete, jugendliche und Arbeiterinnen zu erhöhen. Die Forderungen, die durch unsere Bezirksleitung in Halle dem Metallindustriellenverband unterbreitet wurden, lauteten auf eine allgemeine Lohnerhöhung von 15 1/2 die Stunde.
Vorher das bestehende Lohnabkommen abließ, wurde schon der Schlichter in Magdeburg durch die Unternehmervertretung veranlaßt, eine - Vergleichsmöglichkeit der Parteien vorzubereiten, das heißt, es sollten zunächst Einigungsverhandlungen stattfinden. Die Vertretung des Metallindustriellenverbandes erklärte in kurzen Worten, eine Lohnerhöhung sei überhaupt unmöglich. Daraus erfolgte ein Schiedspruch, der den Spitzenlohn um 3 1/2 - (sage und schreibe um drei Reichspfennig!) erhöhte, so daß die Facharbeiter einen Lohn von 7,8 erhalten hätten. Für die Angehörigen der übrigen Lohngruppen war eine entsprechende Auswirkung vorgesehen. Diesen Schiedspruch lehnten die Gewerkschaftsvertreter scharf ab. Aber auch die Metallindustriellen ließen erkennen, daß für sie eine solche Lohnerhöhung nicht tragbar sei. Nach einigen Tagen hatte jedoch die Vertretung der Metallindustriellen die Verbindlichkeitsklärung dieses für sie „untragbaren

Schiedspruches“ bei dem Reichsarbeitsministerium beantragt. Diese Behörde hat dann sofort vor Ablauf der Erklärungsfrist erneut eine Einigungsverhandlung festgelegt. Die Arbeiter ließen, wo immer sie eine Möglichkeit dazu hatten, erkennen, daß sie dieses Mal ernstlich gewillt sind, eine wirkliche Lohnaufbesserung zu erlangen.
Am 16. Januar wurde durch Abstimmung sowohl in Magdeburg, Halle, Thale und Bernburg der Streik beschlossen. In dem Tarifgebiet in Anhalt wurde beschlossen, die Kündigung sofort einzustellen. Am 17. Januar war demnach der Lohnkampf eröffnet. Nicht weniger als 10- bis 12000 Metallarbeiter hatten die Arbeit eingestellt. Bei den Verhandlungen bemühte sich der Vertreter des Reichsarbeitsministers um eine Einigung. Das bekannte „starre System“ der Unternehmervertretung hat jedoch eine Verständigung unmöglich gemacht. So wird denn der Kampf noch verschärft werden müssen.

Wenn nun von der Unternehmervertretung und ihren Zeitungen die Schuld an diesem ersten Konflikt den Arbeitern oder deren Gewerkschaftsvertretungen zugeschoben wird, dann ist die Absicht sehr leicht erkennbar. Es wird eine Lähmung der öffentlichen Meinung betrieben. Die Industriellen haben durch ihre Provokation und soziale Verstandlosigkeiten einen Berg von Explosionsstoff gehäuft, der sich jetzt entläßt. Alle Mahnungen der Gewerkschaftsvertreter wurden von den Unternehmern oder deren Beratern als nicht ernst bezeichnet oder verächtlich.
Die Faltung der Streikenden ist musterhaft. Politische Einwirkungen wurden einmütig von den Streikenden abgelehnt oder darauf aufmerksam gemacht, daß solche Einwirkungen zu unterbleiben haben. Wenn je ein Kampf berechtigt war, dann ist es dieser. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Maßgebenden der Metallindustrie und die in Frage kommenden Regierungsstellen, die richtige Erkenntnis bekommen, daß nur dann ein Friede möglich ist, wenn die sehr berechtigten Forderungen der anderen Metallarbeiter genügend Beachtung finden, das heißt vollständig erfüllt werden.

verbunden. Die Preiserhöhung geht über die durch Verordnung und Schiedspruch herbeigeführte materielle Belastung weit hinaus. Dadurch ermöglicht es die Industrie in volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigender Weise irrationalen oder rückständigen Unternehmen, ihre Betriebe weiterhin aufrechtzuerhalten.
Alle diese Gründe sollten Sie, Herr Reichswirtschaftsminister, veranlassen, zum Schutze der deutschen Wirtschaft und zur Vermeidung der deutschen Sozialpolitik der Eisenpreiserhöhung mit allen Mitteln entgegenzutreten. In erster Linie dürfte sich die Anwendung der Kartellverordnung empfehlen, die Ihnen, Herr Minister, zum Schutze der deutschen Wirtschaft in die Hand gegeben worden ist. Darüber hinaus muß unseres Erachtens jetzt die sofortige Aufhebung oder eine erhebliche Senkung der Eisenrollen herbeigeführt werden. Endlich müßte die Tatsache, daß die Eisenindustrie ihre Monopolstellung auf dem Inlandmarkt zum Schaden der Gesamtwirtschaft ausnützt, dazu, nunmehr die schon einmal verbotene gemeinwirtschaftliche Regelung dieser Industrie ernsthaft in Angriff zu nehmen.

Reichstagsbeginn

Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter

Am 19. Januar trat der Reichstag wieder zusammen. Über ihm liegt seit Monaten eine hartnäckige Krisenstimmung. Im Herbst dieses Jahres würde er sein natürliches Ende erreichen. Daß er solange leben wird, ist nicht sehr wahrscheinlich. Im Schoße der schwarzblauen Regierung tumort es unaufhörlich. Ein aus Vertretern aller Regierungsparteien bestehender Verständigungs Ausschuss ist ununterbrochen am Werke, den immer trübender Wechselbalg von Regierung mühsam am Leben zu erhalten.

Die Beamtenbesoldung, die Wirtschafts- und Steuerfragen der letzten Sitzungszeit sind langsam in den Hintergrund gedrückt. Gegenwärtig ziehen die Reichstagsauflösung, das Schulgesetz und der Reichshaushalt das Augenmerk auf sich.

Die Auflösung des Reichstages wird von der Weiterentwicklung auf das schärfste herbeigesehnt. Sie können sich nicht vorstellen, daß dieser Reichstag nicht ohne weiteres bis zum nächsten Monat als die einseitigste Vertretung von Industrie, Landwirtschaft und Besitz entpuppt. Die einzige gute Wirkung seiner Tätigkeit ist die in weiten Volksteilen immer größer werdende Erkenntnis: „So kann es nicht mehr weitergehen.“ Denn aus all den Gemeinde- und Landtagswahlen in der letzten Zeit redet eine deutliche Sprache. Die Arbeiterklasse ist für jeden Tag dankbar, der sie eher von der Last dieser Regierung und ihrer Mehrheit befreit.

Im Gegenlager fühlt man unter Alldrud den Tag der Abrechnung nahen. Die Deutschen wollen so lange wie irgend möglich an der Macht bleiben. Sie denken gar nicht an die Auflösung. Vor kurzem erst hat eine führende deutschnationale Zeitung den Wahltermin erst für Januar 1929 errechnet. Ohne zwingende Not wird auch der Reichspräsident nicht dazu bereit sein, durch eine vorzeitige Auflösung, die er ja nach der Verfassung aussprechen müßte, seine deutschnationalen Freunde aus der Reichsregierung zu entfernen. An Konfliktstoffen, die zu einer Reichstagsauflösung zwingen könnten, liegt erkennbar nur das Reichschulgesetz vor.

Um dieses Gesetz wird seit Monaten im Bildungsausschuss des Reichstages erbittert gerungen. Es schien oft so, daß dieses Schicksal an den Klippen des Ausschusses gescheitelt. Aber immer wieder gelang es dem Zentrum, es im letzten Augenblick durch geschicktes Nachgeben durch alle Fährnisse hindurchzuführen. Das Zentrum ist sich augenscheinlich darüber klar, daß es auf lange Zeit eine dermaßen reaktionäre Mehrheit nicht wieder finden wird. Darum ist auch der offene Konflikt zwischen Zentrum und der Deutschen Volkspartei kaum mehr als Spiegelschere. Alles Geschrei über Gefährdung der gegenwärtigen Regierungskoalition scheint Wind zu sein. Man gebraucht diese Kostspieligkeit, um sich gegenseitig einzuschüchtern. Man kompromittiert links, man kompromittiert rechts. Der ganze Schacher geht auf Kosten der Weisheitsfreiheit und der deutschen Volksschule.

Der Reichshaushaltsplan für 1928 ist seit geraumer Zeit Gegenstand öffentlicher Behandlung. Da der Haushaltsplan bis zum 31. März verabschiedet sein soll, wird seine Beratung den Verhandlungen des Reichstages in den nächsten Monaten den Stempel aufdrücken. Es ist lehrreich, einen Blick in das Zahlengerüst des Reichshaushalts zu werfen. Die gesamten Reineinnahmen des Reiches betragen 9,3 Milliarden. Im Vorjahr betrug diese Summe 8,8 Milliarden. Die Steigerung ergibt sich daraus, daß allein 1227 Millionen, das sind 400 Millionen mehr als im Vorjahr, als Reparationszahlungen angesetzt sind. Welches entsetzliche Erbe der kriegsruhmredende Wilhelm II. seinen treuen Untertanen - die er herrlichen Zeiten entgegenzuführen versprach! - hinterließ, zeigt uns die Tatsache, daß von den 9 Milliarden Gesamteinnahmen rund 3,2 Milliarden als Kriegsausgaben zu bezeichnen sind. Das sind die Reparationslasten, die unseren Kriegslasten, die Versorgung der Kriegsteilnehmer usw. Dazu kommt rund eine Milliarde zur Tilgung der Reichsschulden. Wenn man die 3,4 Milliarden Kriegsausgaben an die Länder und Gemeinden hinzugerechnet, so ergibt sich, daß dem Reich für seine eigenen Ausgaben nur 1724,6 Millionen Markt verbleiben.

Ein Vergleich mit den Ausgaben des Reiches im Jahre 1913 mit 2221 Millionen zeigt die ganze Unfinanziertheit der Vorgänge, daß die republikanische Staatsform zu teuer und damit untragbar ist. Im Gegenteil, eine Zusammenstellung der Ausgaben des Reiches in den vergangenen Jahren zeigt ein ganz anderes Bild:

Die Erhöhung der Eisenpreise Neuer Fischzug der Schlotbarone

F. K. Wie plump doch unsere Schwerindustrie die Arbeiter betrachten! Immer wenn sie einen Griff in die Tasche der Arbeiter oder der Eisenverbraucher tun wollen, spielen sie sich als Retter des Vaterlandes, der Wirtschaft und des kleinen Unternehmertums auf, wobei sie sich als zusammenbrechende Opfer der hohen Löhne oder zu niedrigen Preise aufspielen. Mit dieser schon recht verschliffenen Übung wurde wieder begonnen, als der Kampf um die Arbeitszeitverordnung vom 16. Juli 1927 seine Schatten vorauswarf. Die Schwerindustrie gründete eine Streikliste, in die jeder ihrer gleichgültigen Arbeiter und Woche schmeißen sollte, der sich halt aber sollte beileibe nicht für die großen Patrioten verwenden werden, sondern ausschließlich für die kleinen eisenerarbeitenden Fabrikanten. Bewiesen damit nicht die Schwerindustrie, daß sie für ihre kleinen Standesgenossen wirklich Opfer zu bringen entschlossen waren? Dieser Beweis der Uneigennützigkeit sollte auf die eisenerarbeitenden Unternehmer Eindruck machen, sie zum Mitmachen gegen die Hüttenarbeiter bestimmen und ihre Zustimmung gegen die Duldenden zustimmen, die ihnen durch gepfefferte Preise und würgende Lieferbedingungen das Leben sauer machen.

Als der Plan mit der Streikliste bekannt wurde, mußten wir, was die Glode geschlagen hatte. Wir schrieben damals an leitender Stelle der Nr. 40, 1927:

„Man will sich die schwerindustrielle Opferlust gar an den Unternehmern der verarbeitenden Industrie üben. An den nämlichen Unternehmern, denen die Hüttenherren die Preise diktieren und ihnen den geschäftlichen Lebensaden abzuräumen drohen, wenn sie aufbegehren. Der heilige Kampf der Schwerindustrie um gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft, das heißt, wie jedermann weiß, um den Schwerindustrieellen Profit kann sich etwas in die Länge ziehen. Ist er zu Ende, dürfte die Nachfrage nach den Erzeugnissen der Stahlherren außergewöhnlich stark sein. Damit ist die probateste Gelegenheit gekommen, den eisenerarbeitenden Unternehmern die Schwerindustrie Opferlust in ihrer vollen Stärke spüren zu lassen. Die Fabrikanten können sich gratulieren. Eine große Zahl von ihnen wird sich dann tatsächlich der Nähe enthalten sehen, noch weiter um gewisse Lebensnotwendigkeiten der deutschen Wirtschaft zu sorgen, denn sie werden von dem schwerindustriellen Opfergeist aus geschäftliche Jenfalls befrachtet werden.“

Diese unsere Voraussage hat sich pünktlich erfüllt. Aus der großen Streikliste haben die eisenerarbeitenden Fabrikanten zwar nicht bekommen, dafür aber erhalten sie nun eine Erhöhung der Eisenpreise. Anstatt daß die Schwerindustrie für die Kleinen opfert, müssen diese einmal mehr für die Schwerindustrie opfern. Künftig sollen sie für die Tonne Eisen 8 bis 8 1/2 M. bezahlen. Um den neuen Fischzug nicht allzu empörend wirken zu lassen, wird kund und zu wissen getan, die Verteuerung sei recht bescheiden, nur 2 bis 3 M. der alten Grundpreise. Es wird aber gesittentlich verschwiegen, daß für bestimmte Erzeugnisse, die für viele Fabriken fast ausschließlich in Frage kommen, die Verteuerung auf 8 M. hochgeht. Das wird für eine große Anzahl von Fabriken eine Erhöhung der Lebensmöglichkeit oder gar die Unterbindung der Ausfuhr bedeuten, das Baugewerbe wird schwer gehemmt und so die Gesamtwirtschaft von neuer Erschütterung bedroht.

Für die Preiserhöhung machen die Schwerindustriellen die Lohnerhöhung wie die Verkürzung der Arbeitszeit durch die Verordnung vom 17. Juli geltend. Die Ausgabe für beides ist in-

dessen so gering, daß sie durch Ertragssteigerung leicht und gleich gedeckt werden könnte, wenn die Hüttenherren beizzeiten die technische Umstellung der Betriebe in die Hand genommen hätten. Aber damit ließen sie sich gemächlich Zeit. Diese Nachlässigkeit sollen nun die Verbraucher bezahlen. Die deutschen Eisenpreise sind ja längst schon zu hoch und werfen reichlichen Gewinn ab. Der gute Profit gestattet es ja eben den Eisenindustriellen, viele Millionen an die internationale Ausgleichskasse zu zahlen und zu einem Spottpreis den ausländischen Markt zu verjagen und auf diese Weise den deutschen Maschinenfabrikanten überlegene Wettbewerber zu schaffen. Dagegen sich wirksam wehren zu können, haben die eisenerarbeitenden Unternehmer verkannt, als die Eisenrollen festgelegt wurden. Dank der hohen Zölle ist es der deutschen Eisenindustrie sehr schwer und durch das internationale Eisenkartell tollends unmöglich gemacht, daß billiges Eisen von dem Auslande herimportiert. Diese Tatsache ermöglicht es den Schlotbaronen, die Preise zu diktieren und sie zwingt die Eisenverarbeiter, sich dem Diktat zu fügen.

Was das eisenerarbeitende Unternehmertum gegen den neuen Griff in seine Tasche unternehmen wird, bleibt abzuwarten. Die Arbeiter aber und die Verbrauchermasse, die ja letzten Endes die ganze Sache zu bezahlen haben, werden ihr möglichstes tun, die neue Erhöhung der Eisenpreise abzuwehren. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat schon den Anfang gemacht. Er hat beim Reichswirtschaftsminister Einspruch gegen die Preiserhöhung erhoben. In dem Schreiben des Vorstandes des ADGB heißt es:

„Wir fühlen uns verpflichtet, Ihnen unsere schweren Bedenken und unseren Protest gegen die von der Industrie beschlossene Erhöhung der Preise zum Ausdruck zu bringen. Die eisenerzeugende Industrie hat an der guten Wirtschaftslage in reichem Maße teilgenommen. Sie konnte weitgehend ab Ausfuhr zu den niedrigen Weltmarktpreisen verzichten, weil die Kaufkraftfähigkeit des Inlandsmarktes den Absatz ihrer Erzeugnisse zu den höheren deutschen Preisen sicherte. Ihr Erlös hat sich im Durchschnitt um 20 % je Tonne ihrer Erzeugnisse gesteigert.“

Als im Sommer 1926 die Rohstahlgemeinschaft abgeschlossen wurde, versuchte die Industrie die Öffentlichkeit durch das Versprechen zu beruhigen, für einen Ausgleich zwischen Weltmarktpreis und Inlandpreis sorgen zu wollen. Das Gegenteil ist eingetreten. Schon jetzt liegen die Inlandspreise etwa um 30 M. über dem Weltmarktpreis, ergeben sich also über die durch Schmelz- und Frachtkosten gebundene Grenze. Der neue Aufschlag bedeutet eine weitere Vertiefung von rund 5 M. Der freie Handel, der durch Einfuhr ausländischer Materialien eine Korrektur der emporgetriebenen Preise hätte bringen können, wird durch Sperre und Anschafflichkeitsklausel unmöglich gemacht. Das Kartellsystem hat hier zu schwerer Schädigung der Volkswirtschaft geführt. Schon jetzt ist die weiterverarbeitende Eisenindustrie gegenüber der Konkurrenz des Auslandes durch die Schwärze zwischen Inland- und Weltmarktpreis ihres Rohstoffes vorbelastet. Erzeugte diese Vorbelastung in ihren Folgeerzeugnissen schon jetzt einen Druck auf die Löhne und Gehälter, so wird die letzte Erhöhung die den Druck noch verstärken.“

Die Preiserhöhung ist über ihre wirtschaftlichen Tendenzen hinaus ein wohlberedeter Schlag gegen die gewerkschaftlichen Bestrebungen nach Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie gegen die Einbindung der Sozialpolitik überhaupt. Sie soll eine Last die auf die Regierung und Öffentlichkeit ist, als fest mit der Bestreitung der Lebensbedingungen der Arbeiter notwendigerweise Preiserhöhungen

	1926	1927	1928
Behrnmacht	748,45	740,0	810,7
Schöne Zwecke	283,1	282,3	270,0
Kulturelle Zwecke	84,8	84,7	4,9
Wohlfahrtszwecke	7,1	7,1	0,1
Alle übrigen Verwaltungen (Ab- schluß der Einzel-Verwaltungen)	124,6	124,9	78,2
Sonstige Ausgaben	45,0	108,5	4,0

Man vergleiche nur die drei Ansätze für soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zwecke in der Republik mit denen der wilhelminischen Monarchie. Das war die gute, alte Zeit! In diesen Zahlen spiegelt sich der offensichtliche grundsätzliche Unterschied zwischen Volksstaat und Kaiserstaat. Trotz dieser Feststellung sei jedoch darauf hingewiesen, daß auch dieser Zustand noch keineswegs befriedigt. Wir sehen zunächst in dem Ansatz für die Wehrmacht, wie wenig die Republik es verstanden hat, den bunten und teuren Plunder überflüssiger Soldatenspieler von sich abzuwerfen.

Was uns an dieser Stelle aber wichtiger und beachtlicher ist, sagt uns der Ansatz für soziale Zwecke. Dieser Ansatz umfaßt die Aufgaben des Reichsarbeitsministeriums. Dazu kommen die Verwaltungskosten des Ministeriums. Der Geschäftsbereich des Reichsarbeitsministeriums berührt auf das engste den Lebenskreis der Arbeiterschaft. Er umfaßt nämlich die gesamte Sozialversicherung, das Arbeitsvertragsrecht, die Arbeitsgerichtsbarkeit, Schlichtung und Schlichtung, Arbeitsbeschaffung, internationales Arbeitsrecht, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Wohnungs- und Siedlungswesen sowie alle sonstigen sozialen Maßnahmen. Wie man sieht, läßt sich an den Zahlen für das Arbeitsministerium so ziemlich der Stand der gesamten deutschen Sozialpolitik ablesen.

Auffällig ist die außerordentliche Verminderung der Ausgaben beim Arbeitsministerium von 882,6 Millionen im Jahre 1927 auf 593,1 Millionen für das Jahr 1928. Das ist im wesentlichen zurückzuführen auf das Inkrafttreten des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung am 1. Oktober 1927. Dadurch ist der Ansatz von 450 Millionen Mark für die unterstützende Erwerbslosenfürsorge in Wegfall gekommen. Bei der Erwerbslosenfürsorge ist das Reich in Zukunft nur noch mit 100 Millionen für die Krisenfürsorge beteiligt. Bei der Krisenfürsorge trägt das Reich bekanntlich vier Fünftel der Gesamtkosten.

Eine ganze Reihe von Voranschlägen ist bedeutend geringer als im Vorjahr. Das Arbeitsministerium will nach seinen Erwartungen nicht weniger dafür ausgeben, aber es erklärt höhere Ansätze nicht für erforderlich, da aus dem Vorjahr noch erhebliche Reste — noch 225,5 Millionen — vorhanden seien. Es wird die Aufgabe des Reichstages sein müssen, hier nachzuprüfen, ob diese Reste als Folge der 1927 einsetzenden Wirtschaftskrise entstanden sind oder ob hier Einsparnisse auf Kosten der sozial Notleidenden gemacht sind. Beachtlich ist jedenfalls die unbedeutende Last, die die Einsparung in Ausgaben im Haushalt des Arbeitsministeriums an der Bürgerblutregierung erst ermöglicht hat, den neuen Reichshaushalt ohne Fehlbetrag anzulegen. D g o h l

Ein kampfreiches Jahr

Im Jahre 1927 konnte vielfach eine Erhöhung der Löhne durchgeführt werden. Der durchschnittliche Wochenlohn stieg bei regelmäßiger Arbeitszeit vom Januar bis November 1927 für gelernte Arbeiter von 46,40 auf 49,34 die Woche, für ungelernete Arbeiter von 34,47 auf 36,91 M. Diese Erhöhung ist an sich geringfügig, wenn man in Betracht zieht, daß die Lebenshaltungskosten nach amtlicher Feststellung in jenem Zeitraum von 144,6 auf 150,6 in die Höhe gingen. Geringfügig ferner deshalb, weil wir es mit einem Jahre guten Wirtschaftsganges zu tun hatten. In Zeiten guter Geschäftslage haben die Löhne naturgemäß eher die Neigung zu steigen, als zu Zeiten einer Wirtschaftskrise.

Daß die oben mitgeteilte, verhältnismäßig geringfügige Erhöhung der Löhne wäre wahrscheinlich nicht erfolgt, wenn sich die Gewerkschaften nicht mit aller Kraft dahintergesetzt hätten. In welcher Weise sich die Gewerkschaften für ihre Mitglieder einsetzten, ist aus der Zahl der Arbeitskämpfe zu ersehen:

Jahr	Zahl der Streikenden und Ausgesperrten	Zahl der Streikenden und Ausgesperrten
1899/15 Reichswehrdurchschnitt	229	55 6 6
1926 1. Streikjahr	80	21 421
2. "	109	11 171
3. "	100	11 899
4. "	70	51 229
1927 1. "	82	132 568
2. "	271	95 814
3. "	187	61 434

Die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten betrug nach dieser Aufstellung von Januar bis September 1927 229 225 gegen 44 322 1926 und 169 883 in der Vorkriegszeit. Daraus geht hervor, daß die Zahl der Streikenden und Ausgesperrten höher war als selbst in der Vorkriegszeit. Dagegen ist die Zahl der Streiks und Ausperrungen geringer als vor dem Krieg. Aus dieser Gegenüberstellung und aus dem hierunteren Bericht über die Streikbewegungen, daß die Zahl der Streikenden in der Nachkriegszeit bedeutend geringer ist als damals und mehr Arbeiter von einem Streikereignis erfaßt werden. Man bedrückt, daß wir jetzt ein ausgezeichnetes Schlichtungsverhältnis haben, das vor dem Krieg nicht vorhanden war. Trotz dieses Schlichtungsverhältnisses mußte diese große Anzahl von Kämpfen durchgeführt werden! Beachtenswert ist auch die Zahl der verletzten Arbeiter bei Arbeitskämpfen:

Jahr	Zahl der Verletzten	Zahl der Verletzten
1. Streikjahr	2 011 629	1 011 132
2. "	2 001 089	1 085 474
3. "	2 004 628	1 178 128
Summe	6 017 346	3 274 734

Wäre es 3 Millionen Arbeiter, gingen 1927 der deutschen Volkswirtschaft in dreierlei Hinsicht verloren, nämlich die Produktion, die Arbeitskraft, die durch den Streik verloren ging, die Produktion, die durch den Streik verloren ging, die Produktion, die durch den Streik verloren ging.

Es kann nun die Frage aufgeworfen werden, was wird das Jahr 1928 bringen? Es geht nicht um Propheten, es geht um Tatsachen. Wir sehen, daß auch das neue Jahr mit Kämpfen und Arbeitskämpfen zu rechnen ist. Im Hinblick auf dieses Jahr läßt sich eine lange Reihe von Tatsachen feststellen. Es schließt sich an den 31. März der

Rheinmetall-Abschluß

Die Rheinmetall-Metallwaren- und Maschinenfabrik AG. in Düsseldorf hat in den letzten Tagen des alten Jahres ihre Bilanz für das Geschäftsjahr 1926/27 (abschließend am 30. Juni 1927) der Öffentlichkeit übergeben. Die Rheinmetall AG. liefert Geschütze und Munition für die Reichswehr; sie erzeugt hauptsächlich nahtlose Röhren, Bruch- und Schmiedestücke, Radkäse usw. Im abgelaufenen Jahre wurde die von der Verwaltung beschlossene Stilllegung der Lokomotiv- und Maschinenfabrik durchgeführt. Die Lokomotivfabrik wurde inzwischen vom Rheinmetall Konzern erworben. Die Gesellschaft hat im und am Kriege außerordentlich verdient, so gut, daß im Jahre 1915 die den Vorzugsaktien zustehende Dividende von 6 vH nachgezahlt und darüber hinaus sämtliche Genusscheine und verzinslichen Schuldverschreibungen eingelöst wurden. Die Gesellschaft hat weiter mit Hilfe ihrer Kriegsgewinne außerordentliche Rücklagen für die Umstellung auf die Friedensfertigkeit machen können. Seit Kriegsende aber wird in den Geschäftsberichten der Rheinmetall das übliche Klagebild angestimmt.

Eine Dividende wurde auch während der Inflationsjahre nur einmal im Jahre 1921 gezahlt. Im jetzt vorliegenden Geschäftsbericht erklärt die Verwaltung, es für richtiger gehalten zu haben, den erzielten Gewinn, der immerhin 1 113 404 M beträgt und zur Auszahlung einer Dividende von fast 10 vH ausgereicht hätte, zur inneren Stärkung des Unternehmens zu verwenden und von einer Dividendenauszahlung in diesem Jahre noch Abstand zu nehmen. Der Geschäftsbericht der Verwaltung klingt aber dahin aus, daß die Werke in den bisher seit Juli abgelaufenen sechs Monaten des neuen Geschäftsjahres gut beschäftigt waren und auch noch kurzzeitig für die nächsten Monate hinreichend Arbeit haben, so daß mit der Aufnahme der Dividendenzahlung im Geschäftsjahr 1927/28 unter üblichem Vorbehalt gerechnet werden könne.

Ob die Aktionäre der Rheinmetall AG. sich mit dieser neuen Verteilung zufrieden, ist ihre Sache. Ihren Arbeiter und Angestellten aber macht die Rheinmetall AG. keine frohen Ausichten, sie leistet sich vielmehr in ihrem Geschäftsbericht ein merkwürdiges Rechenkunststück. Es heißt da: „Wenn Steuern und soziale Lasten uns bei einer Gesamtbelegung von 6357 Mann eine Belastung von insgesamt 400 M je Kopf der Belegschaft auferlegt haben, so scheint uns die Zeit gekommen, wo in allen verantwortlichen Kreisen sich der Gedanke pfleglicher Schonung der Wirtschaft als Trägerin der schwersten Lasten durchsetzen muß.“

Das ist eine neue Rolle auf der alten Walze. Uns scheint längst „die Zeit gekommen“, mit diesen Untertönen aufzuhören. Die Verwaltung der Rheinmetall AG. mag sich gefast sein lassen, daß die Gewerkschaften berechtigten Anspruch darauf erheben, zu den „verantwortlichen Kreisen“ gerechnet zu werden und sehr wohl zu unterscheiden wissen, inwiefern die Klagen der Unternehmer begründet sind. Steuern und soziale Lasten gehören überhaupt nicht in einen Topf und sollten getrennt ausgerechnet werden. Das geschieht natürlich nicht. Die Bilanz läßt ferner nicht erkennen, wie der von der Gesellschaft bei den Lohnzahlungen einbehaltene Steuerabzug verbucht ist. Wir dürfen ruhig annehmen, daß man noch allem Brauch diesen Betrag, der

eine Last einzig und allein für die Arbeiter und Angestellten ebenfalls zu den „sozialen Lasten“ gerechnet hat. Wie hoch der Betrag sein mag, kann man ohne Kenntnis der Gesamtlage nicht sagen. Die Gesellschaft errechnet einen Fabrikationsüberschlag der übrigens um fast 50 vH höher ist als im Vorjahre, von vorher die Löhne und Gehälter abgezogen sind. Bei einer Belegschaft von 6357 Köpfen und einem Durchschnittslohn von 2000 M jährlich würde sich eine Gesamtlohnsumme von 12,7 Millionen Mark ergeben, was einem Lohnsteuerabzug von ca. 1 Million Mark entspräche. Dieser Steuerbetrag wird den Leuten aufgebracht, die kein halbes Jahr brauchen, um die Bilanz fertigzustellen (um immer noch etwas zu verstecken von Leuten, die am Schlusse des Jahres genau so mit leerem Taschen dastehen wie am Anfang, die also die letzten sein müssen von denen der Staat Steuern in dieser nie erhöhten Höhe verlangt).

Zu der Verbuchung der Steuern ließe sich manches sagen. Wo bleibt beispielsweise die Umsatzsteuer, mit einer selbstverständlichen Handbewegung seit jeher einfach auf die Preise aufgeschlagen wird? Selbstverständlich muß auch die Umsatzsteuer eine Steigerung aufweisen, wenn der Umsatz es bei der Rheinmetall AG. der Fall ist, im abgelaufenen Geschäftsjahr um nicht weniger als 50 vH gestiegen ist (42 gegen 28 Millionen im Vorjahre). Dieser beträchtlich erhöhte Umsatz ist in einem Jahre erzielt worden, wo nicht nur die Stilllegung der Lokomotiv- und Maschinenfabrik durchgeführt wurde, sondern in größtem Umfange die weiterlaufenden Betriebe, insbesondere Bruchwerk, Stahlwerk, Walzwerk und Rohwerk neuerlich ausgetastet und rationalisiert worden sind. Die Rohstahlerzeugung ist mit 81 483 Tonnen die höchste seit Bestehen der Gesellschaft, seit 1889. Der Fabrikationsüberschlag (Bruttogewinn) ist von 5,6 Millionen im Vorjahre auf 7,8 Millionen gestiegen. Von dem 1,1 Millionen betragenden Nettogewinn werden 600 000 M zur Auffüllung des erschöpften Reservefonds verwendet, womit dieser bereits wieder 5 vH des Aktienkapitals beträgt, die restlichen 500 000 M werden auf neue Rechnung vorgetragen. Wo sind nun die 6,7 Millionen geblieben, die den Unterchied zwischen dem Bruttogewinn und dem Nettogewinn ausmachen? 2,04 Millionen Mark sind auf Anlagen und Bestände abgeschrieben und 4,65 Millionen Mark werden Zinsen, Steuern und Handlungsunkosten ausgewiesen. Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Vorräte helfen zusammen nur rund 30 Millionen zu Buch, das ist ein reichlich hoch festgelegtes Kapital bei einem Aktienkapital von 12 Millionen.

Da das neue Geschäftsjahr, von dem seit Juli bereits mehr als ein halbes Jahr verfließen ist, befriedigende Fortschritte zeigt, wird es einzig und allein von dem guten Willen der beteiligten Banken abhängen, was weiter geschieht. Vielleicht wird der Aufsichtsratsvorsitzende, Kommerzienrat Max Trintamp Inhaber des Bankhauses C. W. Trintamp, Düsseldorf, auf dem am 24. Januar stattfindenden Generalversammlung den Aktionären Genügendes sagen. Jedenfalls bilden die auf neue Rechnung vorgetragenen 500 000 M einen ansehnlichen Grundstock für die den Aktionären in Aussicht gestellte Dividende, auch in einem erhöhten Aktienkapital. Julius Frie

nächstwichtigste ist der 30. April. An diesen beiden Tagen laufen Tarifverträge ab: am 31. März 72 mit 2 300 000, am 30. April 43 mit 800 000 Arbeitern.

Diese Zahlen zeigen deutlich, welche Summe von Arbeit in diesem Frühjahr von den Gewerkschaften geleistet werden muß, um die Tarifverträge zu erneuern. Auch die Schlichtungsbehörden werden alle Hände voll zu tun bekommen.

Was ergibt sich daraus? Daraus geht klar hervor, daß eine Stärkung der Gewerkschaften unter allen Umständen notwendig ist, nicht nur um Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch um Erfolge zu erzielen. Jeder Gewerkschaftsmitarbeiter sollte deshalb aus den Kämpfen des Jahres 1927 lernen und sich die Verhaltensweise im Jahre 1928 klar vor Augen halten. Dann wird er von selbst wissen, was er zu tun hat.

Die unbefriedigte Panomag

Die Hannoverische Maschinenbau AG., die sogenannte Panomag, gehört zu den Unternehmungen, die frühzeitig an die rechtliche Umstellung herangegangen sind. Im Geschäftsjahr 1926/27 konnte die fliegende Fertigung im Auto- und Schlepperbau weiter ausgebaut werden, so daß hier die Umstellungsarbeit, soweit die technische Seite in Frage kommt, vorläufig als abgeschlossen angesehen werden kann. Auch im Lokomotivbau wurde im vergangenen Jahre die Fertigung den neuen Normen- und Abmachungsrichtlinien angepaßt.

Trotzdem zeigt der jetzt veröffentlichte Jahresabschluss ein ungünstiges Bild. Der Betriebsüberschlag hat sich wohl von 7 003 Millionen Mark auf 9 787 Millionen Mark erhöht. Die allgemeinen Geschäftskosten hingegen übersteigen die Einnahmen von 4 331 Millionen Mark auf 4 331 Millionen Mark, die Einnahmen von 81 000 M auf 1 971 Millionen Mark. Daraus ergibt sich ein Reingewinn von nur 13 000 M, gegen 152 000 M im Vorjahr. Die Bilanz hat gegenüber dem Vorjahr an Flüssigkeit verloren. Gerade weil die Panomag stark in Rationalisierung war, konnte man auf den Gedanken kommen, daß das ungünstige Ergebnis für das Jahr 1926/27 im Zusammenhang mit der Rationalisierung steht. Der Geschäftsbericht selbst behauptet, daß die Erhaltung der Fertigungsanlagen veranlaßte Geschäftskosten durch Reduzierung der Werkstätten und die erzielte Umstellung durch erhebliche Lohnsteigerungen und durch unzureichende Verkaufspreise aufgehoben werden ist.

Wenn das zutrifft, müßten die Umstellungen der Panomag erst genauere werden. Dagegen ist aber zu bemerken, daß die ungünstige Entwicklung im vergangenen Geschäftsjahr wohl in erster Linie erfolgte, weil sich die Rationalisierung des Unternehmens noch nicht eingestellt hat. So sind zum Beispiel die Ausgaben für die 1,67 Millionen im Jahre 1925 und 4,7 Millionen im Jahre 1926 auf 9,6 Millionen Mark im Jahre 1927 gestiegen. Die Vorzugsaktien erhielten sich von 4,1 Millionen Mark auf 4,9 Millionen Mark im Jahre 1926/27 auf 12,9 Millionen Mark im Jahre 1927. Unter den zu den streifen gehörigen sind die Darlehen von 3,72 Millionen Mark im Jahre 1926 auf 8,5 Millionen Mark und die Verpflichtungen von 8,26 auf 20,75 Millionen Mark. Das konnte aber nur geschehen, weil sich der Kapitalbestand oder Aktien der Firma gegen früher bedeutend erhöht hat. Auf Grund dieser Angaben — der Vermögensvergleich bei den Anlagen beträgt rund 13 Millionen Mark — scheint es zu haben, daß besser so gut wie gar nicht oder höchstens nur zu einem Teil für den Markt angesetzt worden sind. Wenn man beachtet, daß das Kleinauto, das u. a. auch von der Panomag hergestellt wird, fast aus veredelten Ursachen heraus nicht den Preis erzielte, wie in anderen Ländern und der Rationalisierungssprung in der Automobilindustrie, an dem die Panomag durch ihre Schlichtungsmaßnahmen stark beteiligt ist, sich nur im Jahr 1926

entwickelt, kann man die Lage des Unternehmens keineswegs als ungesund bezeichnen. Jedenfalls ist es ein Fehlbehalt, weil die Gesellschaft andere Ursachen (Lohnsteigerungen, unzureichende Verkaufspreise usw.) für die Entwicklung des Jahres 1926/27 verantwortlich macht. Unbefriedigende Jahre, wie sie die Panomag erlebt, sind naturgemäß mit der Umstellung verbunden und werden eingeholt, wenn die Rationalisierung in der Landwirtschaft beginnt und das Kleinauto — auch im Preis — wirklich Volksauto wird.

Das Arbeitsvermittlungsgesetz in Kraft

Am 1. Januar ist das neue Gesetz für Arbeitsvermittlung in Arbeitslosenversicherung in Kraft getreten. Da gilt es allerdings, um den neuen Apparat ohne Störung des alten in Gang zu bringen. Die bisherigen städtischen und staatlichen Ämter werden die Reichsregie übergeben und mancher neue Mann kommt an einen neuen Platz. Nach dem Gesetz bestellt der Reichspräsident den Präsidenten der Landesarbeitsämter. Das hat er getan und folgende Männer berufen: für Schlesien Landesrat Gärtnert, für Brandenburg Stadtrat Brühl, für Preußen Oberregierungsrat Kretschmann, für Nordmark Ministerialrat Dr. Söbber, für Niedersachsen Schlichter Dr. Vint, für Westfalen Direktor Dr. Ordmann, für Rheinland Ministerialrat Wilsong, für Ostpreußen Ministerialrat Dr. Engler, für Mitteldeutschland Dr. Böblitz für Sachsen Amtshauptmann Dr. Schulze, für Bayern Regierungsrat Kerdyen, für Südwestdeutschland Ministerialrat Kälin.

Diese an die Spitze der Landesarbeitsämter berufenen Männer sollen nun beweisen, daß sie mit sozialem Willen durchdrungen und bereit sind, das neue Gesetz nach sozialen Gesichtspunkten durchzuführen. Eine große Aufgabe fällt dabei auf den neuen Verwaltungsausschüssen zu. Denn selbstverständlich müssen diese Ausschüsse neu gewählt werden und sich ebenfalls in das neue Arbeitsverhältnis hineinfinden. Wer also glaubt, daß nunmehr die Zeit erfüllt ist und die Hände in den Schoß gelegt werden können, der irrt sich. Die Flut der eigenartigen Arbeit steigt und steigt und mit jedem neuen Wellenschlag spüren wir den größer werdenden Einfluß der Gewerkschaften.

Sprungweise Zunahme der Arbeitslosigkeit

Die zweite Dezemberhälfte brachte eine sprunghafte Verschlechterung des Arbeitsmarktes. In der Arbeitslosenunterstützung ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 709 000 am 15. Dezember auf 1 037 000 am 31. Dezember 1927. In den männlichen Arbeitslosen erfolgte eine Verschlechterung um 45,9 vH, bei den weiblichen eine solche von 24,1 vH. Insgesamt beträgt die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung am 31. Dezember 1 188 000. In der Krisenunterstützung eine Steigerung der Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 141 000 auf 177 000 oder um 25,4 vH, bei den weiblichen von 30 400 auf 34 400 oder um 13 vH festgestellt werden. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung erreichte eine Gesamthöhe von 211 400. Zahl in diese beiden Arten der Hauptunterstützungsempfänger zusammen, ergibt sich eine Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen von rund 1 400 000.

Die starke Zunahme der Arbeitslosen ist erklärlich aus wachsenden Zugängen aus den Saisonbetrieben, ferner durch das Rückfallen der Beschäftigung jener Industrien, die für das Weihnachtsgeschäft tätig waren. In Frage kommen hier hauptsächlich die Möbelindustrie, die Spielwarenindustrie und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe. Von den übrigen Gewerben, die diesen jahreszeitlichen Schwankungen nicht ausgesetzt waren, konnte eine besonders bemerkenswerte Verschlechterung der Wirtschaftslage nicht festgestellt werden.

Bloß eine Zigarette

Als Schlinge gehörte ich der „Meute“ an. Das war eine Ver-
einigung „latenter“ Schlingen, der Schreden und die Plage
des Heimatdorfes. An die Klingelzüge einzelner Landhäuser mit
anglischen Bewohnern banden sie Knochen, damit die Hunde nachts
daran reihen und läuten konnten, oder im Dunkelsein wurden hart-
gewordene Behmklumpen geworfen, daß sie polternd über das Well-
blechdach des Krämerlagerchuppens rumpelten und sich im Dorf die
Runde verbreitete, bei Briems Punkt. Dann schrieben sie wieder dem
neito 250 Pfund wiegenden Pfarrer aus Lor: „Ächtung! Am
1. April Schweineschlachten. Das Fett wird gratis an Bedürftige
verschickt.“ Am Schlachttag kamen zum Verdruß des geizigen Pfaf-
fers allerlei Bedürftige nach Fett.

Die Meute besaß aber Chorgeist. Einer stand für den andern.
Besichte und Lehren des Säupilings galten. Wie Pech und Schwefel
hängen sie zusammen, alle waren dicht und sieben heilige Eide ver-
standen sie zu schwören, wenn einer in der Klamme lag, immer
waren sie schameweiche Unschuldslämmer. Ihren alten, gebrechlichen
Lehrer hielten sie hoch in Ehren. Ein Schuß, der den ärgerlichen,
die schärfste Strafe — Ausschluß aus der Meute, — hätte ihn getroffen;
man weiß nicht, was nachkommt, sagten sie.

Solche Jugendfreundschaft hält fürs ganze Leben. Die Jungen
der Meute wurden Männer und das Leben verschleuderte sie in alle
Winde.

Nach langen Jahren kam ich wieder einmal ins Heimatdorf.
Vieles war anders geworden. Unter der Kirchenlinde stand ein
Kloppiger Stein, ein Kriegerdenkstein, nicht besser und schlechter wie
andere. Nachdenklich las ich die lange Reihe Namen der Unglück-
lichen, die „fürs Vaterland“ gefallen. Drei Mann der Meute waren
darunter. Ich sah sie wieder vor mir, in ihrem glücklichen Jugend-
lächeln und mit ihren ersten Gesichtern, wenn sie etwas „aus-
gefressen“ hatten, entsann mich ihrer bralligen Spinnarmen und in
der Seele schrie es mir: Der Krieg, der erbärmliche Krieg hat sie
vernichtet.

Sechs Mann hoch war die Meute gewesen, außer mir mußten
also noch zwei in der Welt herumwürgen. Sie wollte ich wiedersehen,
sah sie auch noch im Heimatdorf.

Im Seitengebäude eines häßlichen Bauernhofes fand ich
einen; Karl Latwisch stand an der Türe. Als ich klopfte, tauchte
er herein und verständlich. Latwisch lag auf einem alten, schiefen
Sofa. Die Tube war voll Zigarettenqualm, auf dem Tisch stand eine
angekunkelte Flasche Bier; draußen tralalre der herrlichste Sonntag-
morgen. In der Stube mußte es dumpf, eine gealterte, verhärmte
Frau kam aus einem noch dunkleren Winkel und die kleinen,
unterernährten Kinder trugen nicht funderlich viel Sonnenschein in
diese trübe Umgebung. Die Wiedersehensfreude war gemäßigt und ich
argerte mich, daß ich mir das freundschaftliche Jungengedächtnis aus meiner
Jugendverinnerlichung gewischt hatte. Er blieb saul auf seiner Bettische
liegen, bot mir eine Zigarette an, ich danke, aus der angekunkelten
Flasche sollte ich mal mittrinken, ich verpürste keinen Durst; dieweil
besaß er hilde Wolken Zigarettenrauch in den niederen Raum, daß die
Frau zu husten anfing, daneben führte er angulische Hebensarten
von „etwas geworden“ und so weiter. Dem machte ich bald ein Ende,
forderte ihn auf, mich zum dritten Überlebenden der Meute zu be-
gleiten. Er folgte, warf einen abgetragenen Rock über und schlurste
in vertretener Pantoffeln neben mir her.

Die Wohnung des andern Jugendfreundes war bald erreicht.
Eine saubere, freundliche Frau öffnete, ihr Mann sei auf dem
Zirkusplatz, aber ein Mädchen würde ihn schnell zur Stelle schaffen.
Eilig kam er auch und seinem Gesicht konnte man die Freude über
das Wiedersehen anmerken. Das also war unser Ernst Schimmel,
der Säupilng der Meute, der immer die höchsten Streiche wußte und
meistens keine Hände führte. Er war immer noch Führer, Vork-
kämpfer der Partei, in der Gemeindefahrt und bei den Turnieren tätig,
für eine streblamer, ordentlicher Mann. Ein schönes Kind, eine zu-
ziehende Frau und beschwörens Kinder waren sein Bild. Gegen
Latwisch benahm er sich auffallend schroff. Erweit zeigte er seine
Häuslichkeit, vor einem schönen Bücherstapel blieb er stehen.

„Meine Zigaretten“, sagte er mit einem Seitenblick nach
Latwisch.

Höre bloß damit auf, gab dieser zurück, solches Märchen er-
zählst du mir oft. Soll denn der Arbeiter auf jeden Genuß verzichten?

Nein, kein Arbeiter soll auf Genuße verzichten, er soll nur in
der Auswahl seiner Genuße anspruchsvoller sein. Ist in deiner
Wohnung der Zigarettenqualm ein Genuß? Ein Buch ist ein Genuß,
eine frische, freundliche Hausfrau nicht minder. Zwanzig Jahre ver-
zichte ich auf den Genuß der Zigaretten und jedes dritten Glases
Bier. Du magst darüber lächeln, aber es ist doch so. Dir dünkt dein
Haulenzen und Nichtstun auf dem Sofa ein Genuß, ich finde am
Turnen und beim Arbeiten für eine ideale Sache meinen Genuß
und meine Befriedigung. Du bist beherrschungslos, ich habe Kultur-
bedürfnisse, das ist der Unterschied. Du hast von deinen Genußen
Jammer, meine verschaffen mir Glück.

Beitreten schweig Latwisch. Er fand nichts darauf zu antworten.
Schimmel arbeitete mit ihm in einem Betrieb zum gleichen Lohn,
keiner hatte etwas ererbt oder geerbt, elterliches Gut hatten sie
auch nicht bekommen und Kinder zählte jeder drei. Und doch, hier
Ordnung, dort Krampf.

An den paar Zigaretten — sollten es auch wirklich zehn am
Tag sein — kann das Glück doch wahrlich nicht hängen, meinte
Latwisch beiläufig.

Nein, wirklich nicht? fragte Schimmel, dann rechne einmal nach:
Du würdest jeden Tag eine Zigarette weniger rauchen, wenn statt
seiber zehn, wären 365 im Jahr und das Stück im Durchschnitt
5 Pfennige, ergibt einen Jahresbetrag von 18 Mark und 25 Pfennig-
n. Auf 20 Jahre verteilt, sind 400 Mark, und du hast die
Bibliothek, wie die meine hier vor dir steht. Stimmts?

So schon, gab Latwisch zu.

Verzichte am Tag noch auf eine weitere Zigarette, tauche nur
acht, und du könntest im nächsten Weihnacht deinem armen Weibe
Stoff zu einem neuen Hauskleid kaufen. Findest du das so laßhaft?
Das sind die Grundlagen des häuslichen Glückes. Verzichte auf die
achte, achte und sechste Zigarette und begnüge dich mit täglich
fünf Stück, die dir den Genuß nicht schmälern, aber du hast dafür
fünf andere Genuße erworben.

Schimmel war in Feuer geraten, genau so eifrig entwickelte er
als Säupilng der Meute schon seine Gedanken und alle lauschten,
jetzt hatte er Latwisch gepackt, er ließ ihn nicht los.

Warum machst du nicht heute morgen deine Kinder an die
Hand und gehst mit ihnen bei diesem herrlichen Morgen ins Freie?
Das wäre dir und den Kindern dienlich gewesen. So hast du dir
zwei Flaschen Bier in den Hals gegossen, die jetzt noch daraus flinken.
Das geschieht bei dir fast jeden Sonntag. 32 mal 40 Pfennig, also, du
weißt Bescheid.

Abends heißt du oft bis zum 12. Glas in der Wirtschaft. Stopp
beim dritten. Demnach, einmal in der Woche 5 Mark & 25. Stimmts?
Es stimmt doch?

Beim Feiernabend gehe durch das sperrangelweite Fabriktor und
hole nicht den Bogen durch die Vierkantur, nur bei einem flüchtigen
mit drinschleichen, den unwagbarsten Nörglern, alles Schwebende zu
bedeln. Hundert Abende im Jahr je eine Flasche gleich 4 Groschen.
Morgens künnte dir der Kaffee, den deine Frau dir gibt, genügen,
und du brauchst nicht erst in der Dampfheizkraft „etwas geben“.

Also, du hast, es ist doch wahr denn „bloß eine Zigarette“.

Schimmel war unerbittlich hart, ich mußte erst dampfentretter.
bis er den Latwisch aus der Range ließ. Wir haben dann noch lang-
wilsam angelesen, aus vieles erzählt und manches geklärt. Der
Vorteil von der letzten Zusammenkunft der Meute hat aber Latwisch
e. abt, er hat tatsächlich manche Lehre angenommen.

Paul Haase

Soll ich former werden?

Am 18. und 19. Dezember 1927 fand in Frankfurt a. M. eine
Reichskonferenz der Former und Gießerarbeiten statt, welche sich
mit den Lebensfragen des Berufes beschäftigte.

Der Kollege F a n d e vom Vorstand gab den Delegierten das
nötige Rüstzeug in Form von einwandfreiem statistischem Material
mit nach Hause, um nun im Verein mit Kollegen und Verwaltungs-
stellen der Organisation am Ausbau des Gießerberufes zu arbeiten.

Jeder Kollege wird mit mir der Auffassung sein, daß unser
Beruf, wenn von Seiten der Unternehmungen die Voraussetzungen
geschaffen würden, zwar der schwersten einer, doch auch einer der
schönsten wäre. In keinem Berufe gibt es eine solche Fülle von Ab-
wechslung und spannende Momente bei der Arbeit und deren
Durchführung. Denken wir doch einmal an die stets wechselnden
Modelle und deren besondere Bearbeitung, um zum einwandfreien
Guß zu kommen. Denken wir weiter an die Augenblicke, wenn die
Form zum Guße fertig (etwa eine Maschinenbett von großtem Um-
fang, ein Zylinder oder Bajonnetrahmen), alles voller Spannung
auf Trieb und Steiger, auf die zum Zweite der Füllung von Luft
eingestampften Rohre, Stroh und sonstigen Dinge wartet. Jede
Muskelkraft strafft sich, der ganze Körper ist in Bewegung, steht auf
dem Sprünge, um bei Widerständigkeit, die ja jeder Former und
Gießerarbeiter kennt, sofort helfend einzugreifen.

Dabei werden alle die Dinge vergessen, wie Unfall und sonstige
Unannehmlichkeiten, die nun mal der schwierige Arbeitsvorgang mit
sich bringt. Alles ist berechnet, durch lauberen, tabellosen Guß nun
auch die Früchte der Arbeit in klingender Münze am Schluß der
Vorbereitung in der Lohnkassette mit nach Hause zu tragen. Aber wie oft
bewahrheitet sich dann der alte Satz: „Gut geformt, gut gelassen,
gut ausgeleert und Meister — es ist Schrott.“ Meist kommt dann
das dicke Ende nach. Man kämpft mit der Leitung um seinen Lohn
oder um die in Vereinbarungen über Ausbildung festgelegten Sätze.

Zwar sind die Verhältnisse nicht mehr so schlimm wie früher, aber
viele Firmen kommen von ihrer vorurteilvollen Einstellung nicht
ab, daß für Nachwuchs, gleichgültig, wie die Schuldirige liegt, der
Former nichts zu beanspruchen hat. Wenn die Form geschlossen ist,
dann hört jede Beobachtung des Arbeitsstückes auf, dann ist der
Former machtlos, wenn Zufälle eintreten, deren Zahl groß ist.

Nun zur wichtigsten Frage, und das wäre der Erlös oder die
Bezahlungsfrage. Ich blättere in einer wahrscheinlich vom Gesamt-
verband Deutscher Industrieller herausgegebenen Broschüre mit dem
Titel: „Soll ich former werden?“

Der Unbefangene wird nach Durchlesung der Broschüre den
Eindruck gewinnen, daß es wirklich nichts Schöneres gibt wie das
Formerhandwerk. Er sieht ja nur künstlerisch ausgeführte Stützen,
laubere Werkstellen und liest dazu, zwar etwas novellenhaft, was für
ein Künstler der Former ist und welche Möglichkeiten sich für ihn
bieten, um schnellstens Meister, ja sogar Leiter einer Gießerei zu
werden. Man schildert die Dinge so, wie sie etwa vor vielen Jahr-
zehnten aus „Amerika“ berichtet wurden; lassen wir die Broschüre
sprechen:

„Doch es muß auch betont werden, daß der Beruf des
Formers nicht allein in der Ausübung selbst viel Schöneres in sich
birgt und bei richtiger Auffassung gar manches schaffenden Ideal
zu verkörpern vermag, sondern daß auch die materielle Seite der
Sache sich nicht ungünstig anseht; ist doch der gelehrte Former,
der sein Handwerk versteht, Höchstverdienender unter allen Berufs-
klassen. Wie der tüchtige Schlosser zum Meister oder zum Monteur
aufrücken kann, natürlich auch in der Entlohnung besser gestellt
ist als der Schlosser am Schraubstock, so ist es dem Former, der
die Fähigkeiten dazu in sich trägt, sehr wohl möglich, sich in lei-
tende Stellungen aufzuschwingen, Meister zu werden oder auch
Ingenieur in seinem Sonderberuf, wenn er die in der Werk-
schule erworbenen Kenntnisse etwa auf einer Hörschule, wie
zum Beispiel in Duisburg (22jährige Lehrgang), entsprechend
erweitert. Das ist immer ein höhere und höhere Stellen in Gie-
ßereien von Bedeutung. Die Praxis besteht, die einmal als einfache
Formerehelinge ihre Vorträge begannen.“

„Dann weiter, wie wird das managen Vater oder Mutter, wenn
ihnen so etwas zu Gemüte geföhrt wird.“

Ist es nicht geradezu verlockend, daß der Former unter allen
Berufen der Höchstverdienender ist, dazu die übrigen Möglichkeiten,
die in vorstehenden Sätzen und auch weiterhin in dem Schriftchen
aufgeführt werden.

Und die rauhe Wirklichkeit? Ja, aus allen Himmeln fallen
die meisten Lehrlinge und Schilfen, wenn sie erst einmal den
Beruf in allen Einzelheiten kennen. In den wenigsten Fällen
laubere Arbeitsstätten. Im Gegenteil, vor Schmutz und Dreß star-
rende, schlecht beleuchtete, von Zugluft und Qualm durchzogen
Ställe. In mancher Tube muß der Former auch noch Arbeit sein,
um sich durch und über das Gewirre von Schrott, Kasten und Sand
hinwegzuzeigen. Es gibt sicherlich Musterbetriebe, aber im großen
und ganzen trifft vorstehendes leider auf die meisten Gießereien zu.

Und nun Höchstverdiener:

In vielen Tarifverträgen ist für den Formerlehrling ein 50 %
höherer Stundenlohn, wie für die übrigen Berufe vorgesehen. Es
wäre nun folgerichtig, daßselbe auch beim ausgebildeten Former vor-
anzusetzen. Weit gefehlt. In der Vorkriegszeit war es üblich, daß
der Former im Verdienst fast alle übrigen Gruppen überflügelt.
Das wurde durch den Krieg anders. Die Former wurden, da sie mit
dem für das Hochhandwerk so notwendigen Material, wie Granaten
und anderes kaum in Verbindung kamen, vollständig vergessen und
sie haben den Verlust auch bis heute noch nicht eingeholt. Damit soll
natürlich nicht gesagt werden, die übrigen Berufe verdienen zu viel,
beideide nicht, sondern der Former verdient zu wenig.

Selbstverständlich ist, daß an den Umständen in den Gießereien
nicht nur die Unternehmer die Schuld tragen, auch wir, als Berufs-
kollegen, tragen eine gewisse Last von Schuld. Es könnte in bezug
auf Werkstatteinrichtungen, Behandlung und Lohn besser aussehen,
wenn wir es selbst wollten. Den Fingerring für eine Besserung
geben uns die Unternehmer mit ihrer Broschüre, zwar ungewollt,
doch selbst. Wenn wir nun getreu dem Vorbilde unserer Vorgar-
ter einmütig zusammengeschlossen, ebenfalls zusammenstehen, dann
muß es uns gelingen, dem Formerberuf das G. f. g. zu geben, das er
in der Broschüre „Soll ich former werden?“ hat. Daran mit-
zuarbeiten, muß unser erste und heiligste Aufgabe sein. S t a h l.

Der gelbe Sumpf

Der Kampf im Reichsverband vaterländischer Arbeitervereine,
wie sich heute die Gelben schamhaft nennen, geht lustig weiter. Jetzt
hat sie gegenseitig beim „Enthüllen“, das heißt sie reihen sich gegen-
seitig die Broden vom Libe und man kann die harmonisierende
Führerschaft der Wertgemeinschaftler in ihrem vollen Glanze sehen.
Uns ist damit nichts Neues offenbart, wir kennen diese Sorte
Menschen schon länger, immerhin ist es lehrreich für die Arbeiter,
die in einem falschen Glauben dem Gedanken der Wertgemeinschaft
huldigen, die Drohgebärde dieser Bewegung kennenzulernen.

Der an die Luft gestohene Bundesjugendmeister Wiedemann hat
einer eigenen Laden ausgemacht, nennt ihn „Reichsverband deutscher
Arbeiter“, und gibt ein Blatt unter dem Titel „Kapital und Arbeit“
heraus, in dem die wertgemeinschaftliche Harmonie zwischen Kapital
und Arbeit gepredigt und Arbeiter zu Unternehmerrisikanten herab-
gewürdigt werden. Der Rest des Blattes ist mit Kampf gegen den
anderen gelben Hund, der unter der Führung der Obergelben
Schmidt und Feh steht, gefüllt. Das Schöne ist, daß diese ge-
sprächigen Gesellen treu und steter in dem preußischen Landtag
gemeinsam als Abgeordnete der deutschen nationalen Volkspartei
sitzieren. Ein lebendes Beispiel von: — schlägt sich und ver-
trägt sich.

In folgenden einige Proben der fastigen Beschuldigungen, die
der Gelbe Wiedemann den Obergelben ins Gesicht schleudert:

Schmidt und Feh stehen auf dem Standpunkt, die in den Be-
trieben ihren Beitrag pünktlich zu bezahlen und — den
Kraus zu halten. Wenn es anders kommt, abis ein paar ins

Genid“ (Landesverbandstagung Berlin-Brandenburg am 25. No-
vember 1927 in den Clichälen, an der 26 Mann teilnahmen) oder
man wird ausgeschlossen wie unser Kamerad Albert Wiedemann.
Wer kennt nicht die Abwärtungs- und Niedertüppelungsmethoden
der Herren Wilhelm Schmidt und Feh? In Berlin wurde
die Opposition gegen Feh, die sich auch gegen Schmidt richtete,
durch größtenteils beauftragte und gestempelte Stimmungsmacher
nochmals zum — Schweigen gebracht.

Über eine Sitzung in Halle wird folgendes berichtet:
Die Sitzung in Halle war eine Farce! Von den Anwesenden,
19 an der Zahl, waren 15 Sekretäre, beamtete Kameraden, die
von den Herren Schmidt und Feh Gehalt bezogen hätten sie es
gewagt, eine eigene Meinung zu haben, wären sie frifflös ent-
lassen oder man hätte Gnade waken lassen und sie zum nächsten
Erten geländigt.

Der dritte in dem verkrachten Harmoniebunde ist ein Herr Feh,
einst hat ihn der obengenannte Wiedemann als den „ferndeutschen
Mann“ gepriesen, jetzt kopft er den ferndeutschen folgender-
maßen aus:

„Ein Wort zu Ihrem beinahe gehaltenen „Mandat“. Herr Feh,
die 14000 Stimmen spielen gar keine Rolle. Sie hätten, wenn
Sie nicht Herr Feh wären, sogar das Mandat gehabt. Sie waren
nur gerade zu der Zeit über die Deutschnationale Volkspartei
hinaus in Gorkis bei der Volkslichen Freiheitspartei angelaufen, wo
Sie auf dem Parteitag der D. N. P. in Gorkis Herrn Major
Fennig auf den Schultern trugen, rutschten jedoch infolge Ihrer
bekanntem starken innerlichen Überzeugung zur Deutschnationalen
Volkspartei zurück, der Sie heute wieder angehören, und warten
dort sehnsüchtig auf ein Mandat. Und dann... wenn Sie nicht
immun werden? — Haben Sie sich schon eine neue Partei aus-
gesucht?“

Allerlei für den ferndeutschen, nur will uns scheinen, daß dieses
„fernfaul“ ist. Und das jetzt noch vor den Wahlen, wo diese
ferndeutschen Wertgemeinschaftler mit dem Gelbe der Unternehmer die
deutsche Arbeitervertretung, die Sozialdemokratie,
vernichten wollen.

Dieser Kärm der Wiedemannsche scheint den Schmidt- und Feh-
männern böß auf die Nerven zu fallen. Sie bringen als Sonder-
druck einen recht langen Verteidigungsschrieb heraus, den sie ver-
traulich an ihre Wertgemeinschaft verschicken. Uns liegt ein solcher
Sonderdruck vor. Darin wird die Ursache des Streites dargestellt.
Der Schatzmeister Wiedemann habe dem Bundesvorsitzenden Schmidt
in der entscheidenden Sitzung die Faust in das Gesicht gehalten mit
den Worten: „Ich hasse dich, ich hasse dich!“

Wirklich, die Brüder hasßen sich, allerdings nur im Kampf um
die Futtertröpfe, im Haß gegen die Gewerkschaften sind sie sich aber
sehr einig.

In der Verteidigungsschrift wird behauptet, daß es nicht zu einer
ferndeutschen Entlohnung gekommen ist, denn es heißt: „Vielleicht
wäre die förperliche Zustimmung des Wiedemann durch den so
schmächtig angegriffenen Bundesvorsitzenden Schmidt das beste
Mittel gewesen.“

Dann erzählt man aus dem „Vertraulichen“ noch allerlei, was
den Arbeiter interessieren dürfte. Das Gebahren des Herrn Wiede-
mann sei „gutgespielte Heuchelei“, kein anderer Kämpfer und Mit-
arbeiter der Gelben habe sozial materielle Vorteile gehabt wie er;
sie hätten ihn erst aus der Deutschnationalen Partei
geholt und zum gelben Führer gemacht; die Deutsche Volkspartei
habe ihm auf ihr Drängen ein Abgeordnetenmandat ver-
schafft; acht Jahre lang habe er die Diäten eingekassiert und noch viele
Schandtatzen. Wenn das alles nicht gewesen wäre, so wäre Herr
Wiedemann vielleicht bei Siemens in Berlin Werkmeister.
Den Siemensarbeitern ist zu gratulieren, daß sie vor dem
Schiffal bewahrt blieben.

Nach dieser Abfertigung kommt die Verteidigung für den ver-
krachten „Arbeiterklub“ und „Wirklichkeitsverein“ und der gelben
„Stellungsgenossenschaft“. Hier schließt einer der Herren die Schuld
auf den andern und die Arbeiter sich um ihre Mittel betrogen.

Im Anhang der Klagebeilagen folgen noch einige offene Briefe
an den Herrn Wiedemann, wo die gegenseitigen Entüllungen und
Schmutzbelenkungen munter fortgesetzt werden. Alles gipfelt
aber in Faust um das Geld, um Essen, Diäten und Zumdungen.
Sie wollen sich ihren Verrat an den sich um Besserung ihrer Lage
mühenden Arbeitern sehr hoch bezahlen lassen. Beim Lesen dieser
gegenseitigen Verdächtigungen und Verleumdungen fällt uns un-
willkürlich seines Wort ein:

Wer da recht hat, weiß ich nicht,
Doch will es mich schier bedünken,
Daß der Rabbi und der Mönch,
Daß sie alle beide stinken.

Zweifellos gibt es heute noch unter den Wertgemeinschaftlern
aufstaplige Arbeiter, die in den Organisationswirren von den Ge-
werkschaften abgetrieben, sich dem Gebahren der Wertgemeinschaft
näheren, in dem guten Glauben, hier ihre Lohn- und Arbeits-
bedingungen auf betrieblicher Grundlage regeln zu können. Diese
Arbeiter müssen heute einsehen, in welch vornehmer Gesellschaft sie
sich befinden. Wo ist der Idealismus, die Sorge um das Wohl-
ergehen der arbeitenden Menschen? Bei diesen Gelben ist er nicht
zu finden, denn dort ist der Kampf um die Futtertröpfe einiger
Obergelber und — die Mitglieder haben den Mund zu halten. Es
ist hoch an der Zeit, daß die aufrichtigen Arbeiter ihren Irrtum
einsehen.

Wissenschaftliche Reaktion

Der brutale Kampf der Schwereindustrie gegen das soziale
Recht ist das Stützenstück zur politischen Reaktion. Von allen Seiten
her ruft man die soziale Republik zu erkämpfen, und da ist die
wissenschaftliche Reaktion, die sich heute bemerkbar
macht, nichts Zufälliges und Belangloses, sondern ein Stück dieses
antizipalen Struchs unserer Tage, das unsere volle Aufmerksamkeit
verdiert.

In der wissenschaftlichen Literatur und in der wissenschaftlichen
Presse kommt dieses antizipale Streben immer stärker zum Aus-
druck. Der Mut wächst drüben immer mehr und immer mehr die
Gedank. Abau der sozialen Fürsorge ist das Ziel. Abau der
Krankensversicherung, Abau der sozialen Gesetzgebung, Abau der
Gewerkschaftsürsorge, Abau der staatlichen und kommunalen Ein-
richtungen zum Schutze der Bedürftigen. Man iporet (in einem
wissenschaftlichen Organ!) über die freie Bahn, die dem Un-
tätigen geöbnet werden solle. Mögen sie doch verwenden, diese
Schwächen: Herrenmoral!

Ja, Herrenmoral! Um Herrschen geht es. Ein Stück Klasse
ka mpf ist es, das sich da unter wissenschaftlichem Gewande ver-
birgt. Während zum Beispiel die Zahl der Rechtsanwäite gegenüber
der Vorkriegszeit nur von 12 500 auf 14 500 gestiegen ist, stieg die
Zahl der Ärzte von 33 000 auf 45 000. Davon sind 27 700 Kassens-
ärzte, das heißt 3500 Ärzte jurte! Und darum soziale Not
unter den Ärzten, und darum der Kampf eines einzelnen Berufs
gegen eine ganze leidende Klasse.

Statt in den eigenen Reihen das Übel zu luchen, strebt man
nach Besserung des Loses von ein paar Tausend auf Kosten der so-
zialen Lage von Millionen von Volksgenossen, macht man
diesen Kampf zum Seitenstück der großen sozialen Reaktion, die sie
da vor unseren Augen abspielt.

Führende Sozialärzte, die die sozialen Räte des Volkes kennen,
wie Dr. Rott, verlangen einen Ausbau der sozialen Fürsorge. Sie
wären die sozialen Maßnahmen von heute unzureichend und wollen
das Volksganze erheit wissen (im Interesse der Gesundheit
und Leistungskraft dieses Ganzen). Aber da beherrscht diesen ein-
zelnen gegenüber die soziale Reaktion das weite wissenschaftliche Feld.
Es gilt, die wirtschaftliche Wurzel dieser antizipalen Bewegung
der Wissenschaftler zu erkennen und diesem wirtschaftlichen Sonder-
streben gegenüberzustellen eine große geschlossene Kampf-
truppe der Klasse zur Erhaltung und Förderung der sozialen
Rechte des breiten Volks.

Konferenz des Bezirks Stuttgart

Die Konferenz fand am 15. Januar im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart statt. Besucht war sie von 105 Kollegen.

Dem Geschäftsbericht des Bezirksleiters Kollegen Scheid entnehmen wir folgendes: Die wirtschaftliche Besserung spiegelt sich auch in unserem Bezirk wieder. An Erwerblosenunterstützung wurden im ersten Vierteljahr 98 319 M., im zweiten 62 159 M., im dritten 41 521 M. und im vierten 41 024 M. ausbezahlt. Auch der Rückgang der abgesetzten Erwerblosenunterstützung ist eine erfreuliche Tatsache. Wenn es auch erfreulicherweise gelungen ist, Kollegen, die monatelang und jahrelang arbeitslos waren, wieder in den Produktionsprozess zu bringen, so besteht aber andererseits die Tatsache, daß die Lohnsteigerung nicht den Aufschwung der Wirtschaft mitgemacht hat. Die mit vieler Mühe herausgeholtene Lohnverbesserung wurden durch die ständige Steigerung der Lebenshaltungskosten mehr als wettgemacht, so daß für die Arbeiter kaum etwas übrig bleibt. Um so günstiger war das Wirtschaftsjahr 1927 für die Vertreter der Produktionsmittel und für die, die von der Arbeit anderer leben.

Kollege Scheid geht sodann auf die Arbeit im Bezirk ein. Die Lohnbewegungen haben im abgelaufenen Geschäftsjahre trotz großer Schwierigkeiten einen gewissen Erfolg gebracht. Zurückzuführen können und dürfen wir aber mit diesem Ergebnis nicht sein, denn die Einkommen entsprechen nicht den Lebensnotwendigkeiten. Die durchschnittliche Lohnverbesserung im Gesamtbezirk beträgt 8 pct. Die Kaufkraft der Löhne hat sich aber fast überall ein Jahr lang nicht verbessert. Die Arbeitszeitfrage war auch bei uns eine der brennendsten. Durch das Wirken des DMB ist es allererorts gelungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erzielen und die Zuschläge zu regeln. Auch mit diesem Ergebnis, wenngleich ein Fortschritt, sind wir nicht zufrieden. Aber entscheidend sind auch in dieser Frage die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse der Klassen zueinander. Die durchschnittliche Verkürzung der Arbeitszeit betrug in unserem Bezirke je Kopf und Woche 2 1/2 Stunden.

In der Mitgliederbewegung spiegelt sich die Wirtschaftslage wieder. Unsere Mitgliederzahl stieg seit Anfang 1927 von 69 127 auf 88 842. Ein Zuwachs also von 14 715 Mitgliedern. Dies ist erfreulich und war nur möglich durch die Arbeit aller verantwortungsbewußten Kollegen. Doch noch viele Kollegen sind zu gewinnen. Die Beitragsleistung ist eine sehr gute; nur die Einzahlungslage läßt sehr zu wünschen übrig, was ausgemergelt werden muß.

Im weiteren behandelt der Redner die Betriebsrätebewegung u. a. v. Er weist auf die Mängel und Erfahrungen auf diesem Gebiete hin. Auch in der Jugendbewegung haben wir Fortschritte zu verzeichnen. Die Jugendtreffen 1927 können als gelungen bezeichnet werden. Sollten wir, daß das große Jugendtreffen zu Pfingsten 1928 in Heidelberg sich den vergangenen würdig erweist. Dafür jetzt schon zu arbeiten, ist aller Pflicht. Auf unserer Wirtschaftswoche in Nürnberg waren im Berichtsjahre unsern Bezirk 80 Kollegen. Auch in der Zukunft wird auf diesem Gebiete noch sehr viel

geleistet werden müssen. Nur verlangen wir, daß das übermittelte Wissen nutzbringend angewendet wird.

Rückblickend können wir feststellen, daß das Jahr 1927 eine Festigung der Organisation gebracht hat. Darin fortzufahren, ist eine unserer vornehmsten Aufgaben. Dies ist um so notwendiger, als das Jahr 1928 große Anforderungen an die Arbeiterschaft stellen wird. (Starker Beifall.)

An der äußerst sachlichen Aussprache über den Geschäftsbericht beteiligten sich die Kollegen Schulenburg (Karlsruhe), Schweiger (Stuttgart), Fied (Heidelberg), Bahler (Heilbronn), Kraus (Stuttgart) und der Vorstandsvertreter Schlieffert. Die Tätigkeit der Bezirksleitung wurde anerkannt. In Bezug auf die künftig einzuschlagende Taktik wurden Vorschläge und Wünsche unterbreitet, die nach einer eingehenden Prüfung zweckmäßig berücksichtigt werden.

An der Spruchpraxis des Schlichtungswesens wurde herbe Kritik geübt und seine Beseitigung gefordert. Demgegenüber wurde betont, daß die Mängel des Schlichtungswesens nicht dazu führen dürfen, daß die Arbeit mit dem Bunde auszukünnen. Die Verhältnisse zugunsten der Arbeiterschaft zu stärken, sei die Voraussetzung, die anerkannten Mängel zu beseitigen. Eine Reihe von Verwaltungsschmerzen sollten noch in der Aussprache eine Rolle. Mit einem kurzen Schlußwort des Kollegen Scheid fand die Behandlung des Geschäftsberichts ihr Ende.

Sodann sprach Kollege Schlieffert über die Einführung der Einmaligen Arbeitsversicherung im DMB. Auf Einzelheiten dieses sehr beifällig aufgenommenen Vortrages einzugehen, erübrigt sich, da die Sache schon oft in der Metallarbeiter-Zeitung behandelt worden ist. Auch sind demnach überall Mittelversammlungen statt, die sich damit beschäftigen, so daß der gesamten Mitgliedschaft Gelegenheit geboten ist, sich eingehend zu unterrichten.

Die an diesem Vortrage sich anschließende Aussprache wurde durch die Kollegen Brüdner (Gaggenau), Schulenburg (Karlsruhe), Reichle (Weiskirchen), Kuhn (Mödingen), Kraus (Stuttgart) und Fied (Heidelberg) bestritten. Mit zwei Ausnahmen wurde die Vorlage des Vorstandes an den Verbandstag lebhaft begrüßt und als sehr nützlich für die Mitgliedschaft bezeichnet. Kollege Kraus (Stuttgart) war ein „grundhäßlicher Gegner“ der geplanten Unterstufung, da dadurch der Kampf- und Massencharakter der Organisation verloren gehe, der DMB solle sich mit dem Problem befassen. Eine Reihe von Wünschen, die eine Änderung der Beitragshöhe, Unterstufungssätze, Beseitigung der Klassen und eine andere Gruppierung verlangen, wurden vorgebracht.

In seinem Schlußwort ging Kollege Schlieffert auf alle Einwände und Wünsche ein. Inwieweit dem einzelnen Rechnung getragen werden kann, wird der Verbandstag zu entscheiden haben. Doch habe der Vorstand, bevor er diese Vorlage fertiggestellt habe, reichlich geprüft, ob sie für Mitgliedschaft und Verband tragbar sei. Er erwartet, daß auch diese Unterstufungsbewegung wie die übrigen sich zum Segen der Mitglieder auswirken möge.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde die außerordentlich gut verlaufene Konferenz geschlossen.

Christliche Pharisäerei

Die christlichen Arbeiter murren; sie sind unzufrieden. Solche Murre sind ihnen versprochen worden, als Herr Dr. h. c. Siegel in 1924 und seine Getreuen sie vor Jahresfrist vor dem deutschen nationalen Regierungswagen gepannt haben. Das deutsche nationale Geschäft ist ihnen nicht gut bekommen. Die christlichen Arbeiter spüren, daß alle Versprechungen nur leeres Gerede gewesen sind und begehren auf. Diese innere Revolte war der Antrieb zu den radikalsten Reden, die in den letzten Wochen des alten Jahres von den christlichen Führern gehalten worden sind. Wer mit christlichen Kreisen etwas Fühlung hat, weiß, daß diese radikalsten Reden die christlichen Arbeiter nicht darüber hinweggetäuscht haben, daß ihre Führer in den wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Fragen stets mit den Krautländern und Schwerindustrieellen an einem Strang gezogen haben. Also mußte ein neuer Sündenbock her und die Beamtens- und Besoldungsreform hat diese Rolle spielen müssen. Die christlichen Führer spielten mit gutem Willen. Diese Empörung und Entrüstung. Das Schwerindustrielle Unternehmertum freute sich föhlich darüber; denn die Besoldungsreform war ihnen wegen der Auswirkung auf die Bezahlung der übrigen Arbeiterschaft ein Dorn im Auge. So kam der empörte Herr Siegel zum Vorschein.

Die christlichen Führer haben natürlich ganz genau gewußt, daß die Besoldungsreform durchgehen werde. Sie hätten sie verhindern können, wenn sie ihren Reden die Laten hätten folgen lassen. Daran haben sie aber in Wirklichkeit niemals gedacht. Die christlichen Arbeiter verstehen diese zwiespältige Haltung ihrer Führer nicht recht, was begreiflich ist. Die Pharisäer sind jedoch nicht verlegen. In der ersten Nummer des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften wird der Komödie 2. Teil fortgeführt. Die Angriffe gehen jetzt nicht etwa gegen die deutsche nationale Regierung, sondern gegen „die vom Volk gewählten politischen Vertreter, die sich ihrer gewaltigen sozialen Verantwortung nicht bewußt gezeigt haben“. So heißt es in dem Aufsatz:

„Der Übergang zum Volksstaat hat in weiten Kreisen der Arbeiterschaft die Hoffnung erweckt, daß die von einer sozialen Republik geführte Politik sich der sozialen Gerechtigkeit mehr nähern würde. Tatsächlich hat der Volksstaat eine formale Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in vielfacher Hinsicht gebracht. Es ist indes nichts geschehen, um die Gleichberechtigung solide zu fundamentieren.“

Da bitte nicht. Es gehört wirklich eine christlich-nationale Radikalität dazu, die Dinge so auf den Kopf zu stellen. Die Christlichen stellen falsche politische Wechsel aus. Die „solide Fundamentierung“ die Gleichberechtigung der Arbeiterschaft hätte schon längst viel stärker sein können, wenn die Partei des Herrn Dr. Adam Siegel und Genossen ernstlich diese Gleichberechtigung gewollt hätte. Sie waren es doch, die immer und immer wieder zu schlappen Ausweichungen ihre Zuflucht nahmen, wenn durchgreifende Vorschläge zum wirklichen Ausbau der sozialen Gleichberechtigung zum Gesetz erhoben werden sollten. Das christliche Zentralblatt klagt also nur die eigene Partei an und schlägt sich selbst ins Gesicht; denn die christlichen Führer hätten wissen müssen, daß mit den Deutschen nationalen in der Regierung niemals ein Volksstaat auf sozialer Grundlage geschaffen werden kann. Sie hätten also gegen den Eintritt der Deutschen nationalen in die Regierung wirksam Einspruch erheben müssen. Die christlichen Führer hätten die Möglichkeit gehabt, die jetzige Regierungszusammensetzung unmöglich zu machen. Sie hätten auch schon die Möglichkeit gehabt, sie zu Fall zu bringen. Sie haben das nicht getan; sie haben alles geschickt, was die jetzige Regierung bisher gegen den Ausbau der sozialen Republik getan hat. Sie sind zum Mißgeschick an all den Unterlassungen der heutigen Regierung geworden. Sie haben nicht das geringste Recht, Vorwürfe zu erheben; und es ist eine große Vorleistung falscher Tatsachen, wenn sie jetzt so tun, als ob es ihnen ernst damit wäre. Sie wollen nur ihren mit Recht empörten und enttäuschten Anhänger den Rand in die Augen streuen und die Empörung auf eine falsche Fährte ablenken.

Wer ist „erfaspflichtig“?

Die sozialdemokratische Presse berichtet kürzlich über folgenden Vorfall in Wilhelmshaven. Ein Maschinist der Marineverwerft hatte das Recht gehabt, daß während seiner Dienststunden ein Dampfessel Schaden erlitt. Die Werkleitung machte den Mann für den Schaden in Höhe von 7000 M. haftbar, das heißt ohne ein Urteil irgendeiner gerichtlichen Instanz in Händen zu haben, zog sie dem verheirateten Maschinisten einfach wochenlang den pfändbaren Teil seines Lohnes ab. Wenn der mit den Abzügen Beglückte nicht das Arbeitsgericht in Osnabrück angerufen hätte, wäre ihm etwa 20 Jahre lang der pfändbare Teil seines Lohnes abgezogen worden. So aber kam das Arbeitsgericht zu der Erkenntnis, daß der Maschinist keinerlei Verschulden trifft und die Marineverwerftung muß sich nach einem anderen Plan umsehen, auf billige Art und Weise einen neuen Dampfessel zu bekommen.

Die Sache kann man allerdings auch noch von einer anderen Seite betrachten. Auf die Art und Weise, wie die Marineverwerft zu einem neuen oder mindestens gut durchreparierten Dampfessel kommen wollte, können unsere lieben deutschen Unternehmer schlechthin etwa zu einem neuen Maschinenpark kommen. Man stelle einfach eine Anzahl Arbeiter in jedem Betrieb an recht alte, verbrauchte Drehbänke, Bohrmaschinen, Krane, auf Betriebslokomotiven, Lastkraftwagen und was sonst noch, lasse diese montierten Schrotthaufen durch entsprechendes Antreiben aus äußerster Beanspruchung und wenn sie zu Bruch gehen, dann macht man den Arbeiter „erfaspflichtig“. Vielleicht findet sich eine Versicherungsgesellschaft, die die Abzüge vom Lohn als Prämie nimmt und dafür alsbald neue Maschinen liefert.

Wie man sieht, ist das wilhelmschabener System durchaus ausbaufähig. Eine andere Frage ist es allerdings, ob beim Reichswehrministerium die Marineverwerft untersteht, allgemein bekannt ist, daß die „angereicherten Schaben“ verantwortlich gemacht wird. Wir glauben uns zu erinnern, daß über das Reichswehrministerium eine Kommission namens Hübsch mit sehr beträchtlichen Gehältern unterstellt wurde, ohne daß diese Aktion dem Reichstag bekanntgegeben wurde. Nach den neuesten Mitteilungen in der Presse sind dabei etwa 8 bis 10 Millionen Mark zum Zweck gegangen, das heißt die Steuerzahler können sie bezahlen. Nach dem wilhelmschabener Marineverwerft kann man Herrn Reichswehrminister Gessler für den angereicherten Schaden berechnen, haltbar machen, daß man ihm monatlich von seinem Ministergehalt einen Betrag pfändet, der zum Gehalt des Herrn im gleichen Verhältnis steht, wie der dem armen Arbeiter beim Rapp-Huttsch verursachten Schaden läßt man diesen mit 60 M. bei 400 M. Monats Pension wider gumachen. Erhardt wird ziemlich lange leben müssen, ehe er alles bezahlt hat. Da sind die Mitglieder des Reichstags Luhe besser daran. Die brauchen die 20 Millionen Mark, die sie ohne Berechtigung der Ruhrindustrie zu haben, nicht zu erziehen.

Man frist, es geht noch gerecht auf der Welt zu! Wenn man in „gehobener Stellung“ ist, ersetzt „angereicherten Schaben“ der Steuerzahler. Von einem Reichswehrminister verlangt man aber einen neuen Dampfessel!

Vermaschinierung der Silberwarenindustrie

Als nach den 70er Jahren Deutschland sich immer mehr zum Industriestaat entwickelte, Handel und Wandel immer größere Kreisläufe bildete sich ganz naturgemäß eine Gesellschaftsstruktur heraus, die es sich auf Grund ihres angesammelten Vermögens leisten konnte, die bisher üblichen Tafelgeräte und Bestecke aus Zinn und Kupfer durch Silber zu ersetzen. Die Herstellung großer Tischsätze und Kunstgegenstände stellte damals an die Berufsfähigkeit der Silberarbeiter, Graveure und Ziselure hohe Anforderungen, so daß sich diese Berufe mit Recht „Kunstgewerbe“ nennen konnten. Durch den immer größer werdenden Verkehr mit dem Ausland war auch eine größere Absatzmöglichkeit von Silberwaren gegeben, und so lag es in der Natur der Sache, daß sich in Deutschland immer mehr Silberwarenfabriken aufstauten. Spanien, Italien, England und Rußland wurden die Hauptabnehmer.

Diese Zeit war auch der Höhepunkt der genannten Berufsgruppen, konnte doch ohne genügend Facharbeiter die sich entwickelnde Silberwarenindustrie einfach nicht auskommen. Übrigens mußte auch den Fabrikanten viel daran gelegen sein, tüchtige Facharbeiter heranzubilden. Alle Kollegen werden sich entsinnen, was alles von den Fabrikanten getan wurde, um aus dem Lehrling einen tüchtigen Gesellen zu machen. Aber da nun einmal alle Dinge dem Wandel der Zeit unterworfen sind, blieben auch die Silberarbeiter hierin nicht verschont. Sollte man sich bisher in der Hauptsache mit der Herstellung von Kunstgegenständen und Tafelgeräten beschäftigt, so legte eine immer stärker nachdrückende Nachfrage nach Bestecken ein. Doch mit dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands bildete sich eine Bevölkerungsschicht aus Handwerksmeistern, Geschäftslenten und Beamten, der sogenannte Mittelstand heraus, der seinen ganzen Stolz darin sah, mit silbernen Bestecken auszurufen zu können. Um den Anforderungen des Marktes zu genügen, wurden die verschiedensten Muster hergestellt. Schlosser und Stahlgrober wurden mit der Herstellung von Stempeln und Stangen beschäftigt, um so mit Hilfe der Maschine zu einer einfacheren und umfangreicheren Erzeugung zu gelangen. Der Facharbeiter, der sonst die handwerkliche Fertigung vollzogen hatte, wurde so immer mehr zurückgedrängt. Während man sich bisher nur mit der Verarbeitung von Silber beschäftigt hatte, ging man in den größeren Betrieben dazu über, Tafelgeschirre und vor allem Bestecke aus Neusilber und Alpahta herzustellen.

Diese Entwicklung war auf das Arbeitsverhältnis der Silberarbeiter nicht ohne Wirkung. Arbeitbarkeit wurde eingeführt; eine gewisse Arbeitsleistung griff immer mehr Platz, das patriarchalische Verhältnis zwischen Unternehmer und Gesellen verfiel allmählich. Die Folge war, daß sich die Silberarbeiter in sogenannte Lokalmassnahmen zusammenschlossen, denen später der Anschluß an den DMB folgte. War auch das Arbeiten in den Betrieben noch ein verhältnismäßig freies, so war die Entlohnung um so schlechter. Die meisten der Arbeiter hatten Afford ohne verbürgten Lohn. Es war keine Seltenheit, daß, wenn die Arbeit knapp war, manche Stunde, ja ein ganzer Tag für den Arbeiter verloren ging, ohne Entschädigung dafür zu erhalten. So entwickelte sich zwangsläufig ein Zustand, der des Offern zu Streit führte, und wo er nicht gütlich beiligt werden konnte, gab es Arbeitsniederlegung. Erst nach dem Kriege, unter dem Druck einer starken gewerkschaftlichen Organisation, war es den Silberarbeitern möglich, die Arbeitbarkeit abzuschaffen und an deren Stelle eine durch Tarifvertrag geregelte Lohnarbeit zu setzen.

Die durch die Revolution geschaffenen Verhältnisse gingen natürlich auch an der Silberwarenindustrie nicht ohne Folgen vorüber. Aufstand fiel als einer der Hauptabnehmer ganz aus, und was sonst noch ins Ausland ging, war nicht von allzu großer Bedeutung. Erst durch die Inflation und die dadurch bedingten niedrigen Löhne konnte ein Teil der verloren gegangenen Absatzgebiete wieder errungen werden.

In den letzten Jahren hat sich in der Silberwarenindustrie manches geändert. Oberall hat die Maschine ihren Einzug gehalten. Wo es früher Duzende fleißiger Hände bedurften, um das Arbeitsstück herzustellen, genügt heute ein einziger Hebelhändler. Mander Hammerarbeiter, der sonst rein handwerklich seine Arbeit vollzog, ist durch die Presse ersetzt worden. Was sonst Hauptarbeit der Graveure und Ziselure war, wird jetzt durch Stange und Presse gemacht. Während früher infolge der Herstellung von Kunstgegenständen die Korpusbranche in den meisten Betrieben vordringend war, hat sich in den letzten Jahren die Besteckbranche stark ent-

wickelt; neben der Herstellung von Silberneu, nimmt das verfilberte Besteck einen Hauptplatz ein.

Wenn die Inhaber der Betriebe sich bei Lohnverhandlungen immer darauf berufen, daß es für sie besonders schwer sei, sich zu behaupten, so ist das nur zum Teil richtig. Findet doch ein großer Teil ihrer Fabrikate im Hotel- und Gastwirtschaftsgebiet, in selbst in den Haushaltungen als Gebrauchsartikel Verwendung. Auch sind Anzeichen vorhanden, daß in Zukunft das moderne Besteck immer größeren Absatz findet. Diese Auffassung scheint auch bei den Betriebsinhabern zu herrschen, denn nirgends als in der Besteckbranche ist man eifriger bemüht, durch Aufstellung moderner Maschinen eine möglichst große Steigerung der Produktion zu erzielen. An Stelle der Besteckschmiede sind Walzen und Pressen getreten, die Handwerker sind durch Fräsen und Maschinen ersetzen worden. Hand in Hand mit dieser Entwicklung geht die weitere Spezialisierung der Produktion. Dessenungeachtet muß man sich darüber im klaren sein, daß in der technischen und organisatorischen Ausgestaltung der Werkstätten noch mancherlei zu tun übrig bleibt.

Es darf nicht verkannt werden, daß dieser Entwicklungsprozess Gärten für die Arbeiter, ganz einerlei ob Afford oder unter einem gewissen Prämiensystem gearbeitet wird, mit sich bringt, die die Unternehmer gerne auf die Schultern der Arbeiter abwälzen. Das zu verhindern, ist nur da möglich, wo sich die Arbeitervertretungen auf eine gut organisierte Kollegenschaft stützen können. Ferner muß noch erwähnt werden, daß fast sämtliche deutschen Silberwarenbetriebe eng miteinander verbunden und durch Austausch von Betriebsanrichtungen und Arbeitsmethoden bemüht sind, eine möglichst große Leistungsfähigkeit zu erzielen. Auf der anderen Seite spielen Preisgestaltung und Löhne eine Hauptrolle. Diese Erfahrung werden in der letzten Zeit die Kollegen gemacht haben, die als Verhandlungskommission bei Lohnverhandlungen tätig waren. Auch muß gesagt werden, daß die Löhne der Silberarbeiter trotz der Eigenart ihres Berufes zu den niedrigsten gehören, und dies trotz guten Geschäftsganges und dementsprechendem Gewinn. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß auch die Silberarbeiter erkennen, wohin der Weg führt, und daß eine Besserung ihrer Lage nur möglich ist, wenn der letzte Mann dem Deutschen Metallarbeiter-Berband beigeführt wird.

Hat der Arbeiter Anspruch auf Urlaub?

Mit dieser wichtigen Frage beschäftigte sich das Reichsarbeitsgericht in Leipzig. Der Arbeiter K. war vom 29. Februar 1925 an bei der Firma Augsburg AG. in Nürnberg beschäftigt. Am 25. Januar 1926 wurde er mit anderen Arbeitern beurlaubt und am 6. März 1926 entlassen. Nach seiner Entlassung verlangte er von der Firma für nichtgehabten Urlaub den Betrag von 1800 M. Wegen des Urlaubes für die gesamte Arbeiterschaft war der Betriebsrat bei der Direktion des Werkes vorstellig geworden. Die meisten Arbeiter, die Urlaub haben wollten, waren auf einer Liste verzeichnet. Unter diesen befand sich auch der Arbeiter K. Die Firma lehnte die Bezahlung des nichtgehabten Urlaubs des Arbeiters K. ab. Sie machte geltend, daß er noch nicht ein Jahr bei der Firma beschäftigt sei und daß er auch nicht auf der Liste der Urlaubler sich eingetragen hätte. Der Arbeiter bestand auf seine Forderung und klagte gegen die Firma vor dem Arbeitsgericht in Nürnberg. Das Gericht entschied auch zugunsten des Arbeiters. Gegen dieses Urteil legte die Firma Berufung ein, wurde aber mit dieser vom Landesarbeitsgericht in Nürnberg abgewiesen. Das Landesarbeitsgericht stellte fest, daß in dem Kollektivvertrag, der von den dortigen Metallindustriellen mit den beteiligten Verbänden abgeschlossen, die Bestimmung vorhanden sei, daß jeder Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung Anspruch auf Urlaub hat. Die Urlaubstage sind auch dann zu bejahen, wenn der Arbeiter von dem Fabrikanten am Urlaub verhindert wird. Gegen dieses Urteil legte die Firma Revision beim Reichsarbeitsgericht ein. Das Reichsarbeitsgericht sollte folgende Entscheidung fällen: Die Revision gegen das Urteil des Landesarbeitsgerichts in Nürnberg vom 16. September 1927 wird zurückgewiesen. Der Kläger habe rechtmäßigen Anspruch auf Urlaub und Bezahlung des Urlaubes. Denn der Vertrag der zwischen dem Arbeitgeber und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossen wurde, belage, daß jeder Arbeiter nach einjähriger Beschäftigung ein Recht auf Urlaub habe. Auch habe das Gericht den Einwand der Firma, daß der Arbeiter nicht mit auf die Urlaubliste sich eingetragen hätte, zurückgewiesen. Das Gericht mußte somit zur Verwerfung der Revision kom-

Besucht die Mitgliederberammlungen!
 Unser Verband ist eine Demokratie. / Jedes Mitglied ist zur Mitentscheidung berufen. / Wer sich des Rechtes der Mitentscheidung nicht bedienen will, muß in die Versammlungen kommen. /

Karl Dürr gehorcht

Am 16. Januar wurden wir von der Kunde überrascht, daß Karl Dürr, der Schriftführer des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes...

Karl Dürr, der Metallarbeiter, war in der deutschen Arbeiterbewegung kein Unbekannter. Auf mehreren unserer Verbandstage und auf Gewerkschaftskongressen hat er unsere Schweizerischen Brüderverband oder seinen Gewerkschaftsbund vertreten...

In sehr hohem Grade hat sich Dürr das Vertrauen der Schweizerischen Genossen erworben, was daraus hervorgeht, daß er, der Bundessekretär, in der Schweiz zu den höchsten Ämtern der Arbeiterbewegung berufen wurde...

lich nicht nehmen, persönlich für die Unterbringung zu sorgen. Verschiedene Male ist er mit einigen anderen Freunden mit den Kindern nach Deutschland und der Schweiz hin und her...

Aber Karl Dürrs Menschlichkeit mochte bei den Kindern nicht halt. In den Zeiten des Krieges wie der Inflation hat mancher deutsche Genosse in seinem Heim eine freie Stätte gefunden...

Nun ist dieser wackere Kamerad und Menschenfreund für immer von können gegangen. In seinem Grabe trauern ein schlichtes Weib und zwei Kinder. Mit ihnen die Schweizerischen Genossen und Verwandten...

Schriftenchau

Gewerkschafts-Kritik. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Pöping...

Einführung in die Weltwirtschaft von Dr. Henrich Ullrich. 168 Seiten. Kart. 2,50 M., Ganzleinen 3,50 M. C. Saubische Verlagsgesellschaft...

Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Adresse: Metallvorstand Stuttgart. Telefonnummern: C-21 62441, 62442, 62443. Mit Sonntag dem 29. Jan. ist der 5. Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. Januar bis 4. Februar 1928 fällig.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 3 des Verbandstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe geschuldet:

Table with 5 columns: Verwaltung, I, II, III, IV, V. Rows include Veraburg, Braunbittelhagen, etc.

Die Nichtbegleichung dieser Extrabeiträge hat Entziehung konfiskatorischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtsfertigung: Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen etwaige Verschuldungen zu rechtfertigen...

Auf Antrag der Verwaltungskasse Werder a. S.: Der Elektromonteur Walter Drechsel, geb. am 27. Sept. 1893 zu Jütten, Mitgliedsbuch Nr. 5,18818, wegen Nichtbegleichung von Beitragsmarken.

Auf Antrag der Verwaltungskasse Zeuzlingen: Der Schlosser Kurt Schurrodt, geb. am 1. Mai 1895 zu Strübing, Mitgliedsbuch Nr. 6,19885, wegen Streikbruch...

Auf Antrag der Verwaltungskasse Eptenbergr: Der Schmied Ferdinand Gerecht, geb. am 21. Oktober 1876 zu Posen, Mitgliedsbuch Nr. 6,15785, wegen Streikbruch...

Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Anklamformern zc. nach Solingen (Rudolf Kautenbach) St.; von Aufzugsmotoren nach München L.; von Metallarbeiter aller Branchen nach Bünde in Westfalen (G. S. Blantfort) St.; nach Wernemünde (Flugwerft Ernst Heinkel) St.

Verbandsanzeigen

Schramberg. Als Geschäftsführer wurde Kollege Billy Paulus (Wannheim) gewählt. Den übrigen Delegierten besten Dank. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Albrechtstr. 16

Von 30jährigem Magenleiden befreit!

Unterstützt durch 30 Jahre an Magenleiden, bis ich nun 30 Jahre alt bin... Ich habe mich in einem alten Kalender bei Salerni von dem berühmten Heilmediziner geleitet... Ich bin nun befreit von 30 Jahren Magenleiden!

Mäntel. Leder, Gewoll, Herbol's Wintermäntel, Anorak, Sport, Jagd, etc. 5 Tage zur Probe.

Alle Wünsche. Eine Pfaff. Supremum Zählmaschinen. E. M. PFAFF A.-G. Nähmaschinenfabrik Kaiserslautern.

Geheimes! Kauft eure Bilder mit nur sechs Pfennig... bei Gewerkschaftshaus S. M. L. S. Spire an der Wafel. Kollegen! Abhandeln die Heilwunder-Zählerei!

Zigaretten. In feiner Genieß. Zeronth 5 Pf. Thadmor 4 Pf. Arbeitersportler 4 Pf.

TELESMA. NEUE Kleinkassette. PREIS NUR 250,-. TELESMA. RESONANZ 800-2500/277. ABSTIMMUNGSGERÄTE 4 1. KOSTENLOS.

REKLAMEPREIS NUR 4 MARK. feinstes deutsches Herr. Zählgerät Nr. 29. Kar. 200,-, je 200,- Wert am Tag nur 2,- 4,-.

EICKEN-TABAKE. Abhandeln die Heilwunder-Zählerei! Abhandeln die Heilwunder-Zählerei!

5000 Sprechmaschinen. 26 Mk., 34 Mk., 68 Mk. Schütz & Gundlach, Berlin C 23.

Hausmusik auf Kredit. Freyophon. Schallplatten. Hausmusik auf Kredit.

Größte Produktion der Welt! OPEL. Größte Produktion der Welt!

Autozubehör. Supremum Zählmaschinen. E. M. PFAFF A.-G. Kaiserslautern.

Geheimes! Kauft eure Bilder mit nur sechs Pfennig... bei Gewerkschaftshaus S. M. L. S. Spire an der Wafel.

Bettfedern aus erster Hand! Hausmusik auf Kredit. Freyophon. Schallplatten.

Größte Produktion der Welt! OPEL. Größte Produktion der Welt!